

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zu einem symbolisch leer bleibenden Stuhl im Europäischen Parlament

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT,

- A. unter Hinweis darauf, daß einige europäische Völker nicht frei darüber entscheiden können, ob sie der Europäischen Gemeinschaft beitreten oder nicht,
 - B. unter Hinweis darauf, daß vier neue Mitgliedstaaten zu den ursprünglichen sechs hinzugekommen sind und daß zwei weitere Staaten die Mitgliedschaft beantragt haben,
 - C. gestützt auf die gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rats und der Kommission zu den Grundrechten von April 1977¹⁾,
 - D. gestützt auf die Erklärung des Europäischen Rates zur Demokratie von April 1978²⁾,
 - E. gestützt auf Teil I seiner Entschließung zu den Aussichten der Erweiterung der Gemeinschaft³⁾,
 - F. in Kenntnis des Entschlieungsantrags von Herrn Habsburg und anderen im Namen der EVP-Fraktion zu einem symbolisch leer bleibenden Stuhl im Europäischen Parlament (Dok. 1-348/79),
 - G. in Kenntnis des Berichts seines Politischen Ausschusses (Dok. 1-1083/81)
1. beschließt, jährlich auf der Grundlage der Schlußakte 1975 der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Grades ihrer Durchführung eine Aussprache über die politische und wirtschaftliche Lage in Gesamteuropa abzuhalten;

¹⁾ ABl. EG Nr. C 103 vom 27. April 1977, S. 1

²⁾ Bulletin der Europäischen Gemeinschaften Nr. 3/78, Vorkapitel

³⁾ ABl. EG Nr. C 39 vom 12. Februar 1979, S. 47

2. beschließt, während dieser Aussprache symbolisch für den offenen Charakter der Gemeinschaft und die Hoffnung, daß alle europäischen Völker dereinst, wenn sie dies wünschen, im Europäischen Parlament vertreten sein werden, einen Stuhl freizulassen;
3. ist davon überzeugt, daß ein solcher symbolisch leer bleibender Stuhl außerdem den Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen in Erinnerung rufen wird,
 - die Menschenrechte, einschließlich der bürgerlichen und politischen Rechte,
 - die Grundlagen der repräsentativen und pluralistischen Demokratie,
 - die soziale Gerechtigkeit und
 - die Rechtsstaatlichkeitzu wahren;
4. weist darauf hin, daß diese Entschließung nicht von ungefähr mit dem 25. Jahrestag der Unterzeichnung des EWG-Vertrags in Rom im März 1957 zusammenfällt;
5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, den im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenminister sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.